

Gudrun Witter  
(Tel.: 03681/354261; GWitter@tls.thueringen.de)

## Gemeindefinanzen in Thüringen 2003

Die Thüringer Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften hatten im Jahr 2003 Ausgaben in Höhe von insgesamt 3 982 Mill. Euro. Diesen standen Einnahmen von 3 972 Mill. Euro gegenüber.

Aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich in der finanzstatistischen Abgrenzung im Jahr 2003 ein Finanzierungsdefizit von 9 Mill. Euro.

Die Tilgungsraten der Kommunen an den Kreditmarkt lagen mit insgesamt 459 Mill. Euro 25 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. Der Schuldenstand nach der jährlichen Schuldenstatistik betrug am Ende des Jahres 2 939 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 233 Euro.

### Vorbemerkungen

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll ein Überblick über das Ergebnis der Kommunalhaushalte im Jahr 2003 gegeben werden. Basis dafür bilden die Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie der jährlichen Schuldenstatistik, die einen zeitnahen Überblick über die Entwicklung der kommunalen Finanzen vermitteln und eine wichtige Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen bilden.

Im Mittelpunkt stehen die wesentlichen Ausgabe- und Einnahmepositionen der Kommunalhaushalte sowie die Schuldenbewegungen am Kreditmarkt und der aktuelle Schuldenstand.

Die finanzstatistischen Daten werden nach der kommunalen Haushaltssystematik erfasst und aufbereitet.

Zum Berichtskreis gehören alle Städte und Gemeinden sowie die Gemeindeverbände (Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisverwaltungen) des Landes. Grundlage für die Berechnungen je Einwohner bilden die amtlichen Bevölkerungszahlen am 30.6. des jeweiligen Jahres.

Die aktuelle Finanzlage der Thüringer Kommunen ist, wie in allen anderen Bundesländern und in den zurückliegenden Berichtszeiträumen auch, äußerst angespannt.

Sowohl die Gesamtausgaben als auch die Gesamteinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände wiesen im abgelaufenen Jahr 2003 leichte Rückgänge aus.

Diese waren auf der Ausgabenseite, bei stark gestiegenen Ausgaben für soziale Leistungen, überwiegend auf weitere

Reduzierungen bei Personalausgaben sowie auf drastische Kürzungen bei den Investitionsausgaben zurückzuführen.

Auf der Einnahmeseite waren, trotz leicht gestiegener Steuereinnahmen, Rückgänge bei der Veräußerung von Vermögen sowie bei den Investitionszuweisungen zu verzeichnen.

### Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahr 2003 **Ausgaben** in Höhe von 3 982 Mill. Euro, das waren 1 671 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Ausgabenreduzierung um 16 Mill. Euro oder 0,4 Prozent.

Im gleichen Zeitraum verringerten sich auch die kommunalen **Einnahmen**. Sie sanken um 12 Mill. Euro oder 0,3 Prozent auf 3 972 Mill. Euro (1 667 Euro je Einwohner).

In der Abgrenzung der Finanzstatistik errechnete sich ein Finanzierungsdefizit. Dieser Saldo hat sich von einem Überschuss mit 6 Mill. Euro im Jahr 2001 in ein Finanzierungsdefizit im Jahr 2002 von 13 Mill. Euro und 9 Mill. Euro im Jahr 2003 gewandelt.

**Tabelle 1:** Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände <sup>1)</sup>

Jahr	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben	Finanzierungssaldo (Defizit -, Überschuss +)	
			Mill. Euro	Euro/Einwohner
2001	3 978	3 971	+6	+3
2002	3 985	3 998	-13	-5
2003	3 972	3 982	-9	-4

<sup>1)</sup> ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

Auf der Ausgabenseite der Kommunalhaushalte bilden die **Personalausgaben** einen gewichtigen Einzelposten. Sie lagen im Jahr 2003 bei 1 180 Mill. Euro oder 495 Euro je Einwohner.

Im Vergleich zum Vorjahr ist hier, trotz tariflicher Erhöhungen sowie einer weiteren Ost-West-Anpassung, ein Rückgang um 3,0 Prozent bzw. 37 Mill. Euro festzustellen, der auf auslaufende Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsreformgesetzes, die Nutzung von Teilzeitmodellen sowie auf einen weiteren Personalabbau zurückzuführen ist.

Gemessen an den Gesamtausgaben lag der Anteil der Personalausgaben dennoch wie im Vorjahr bei 30 Prozent.

**Tabelle 2: Entwicklung der Beschäftigten und der Personalausgaben in den Kernhaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände**

Merkmal	Einheit	2001	2002	2003
<b>Beschäftigte</b>	<b>Anzahl</b>	<b>42 640</b>	<b>39 175</b>	<b>35 387</b>
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	-6,4	-8,1	-9,7
<b>Personalausgaben</b>	<b>Mill. Euro</b>	<b>1 217,2</b>	<b>1 216,3</b>	<b>1 179,8</b>
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	-1,3	-0,1	-3,0

Die Personalausgabenbelastung der einzelnen Körperschaftsgruppen stellte sich wie folgt dar.

Aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktion hatten die kreisfreien Städte 29 Prozent ihres Ausgabenvolumens für Löhne und Gehälter aufzuwenden. In den kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) lag die Personalausgabenquote bei 28 Prozent. Bei den Landkreisverwaltungen war ein Anteil von 34 Prozent festzustellen. Gegenüber dem Vorjahr war das bei den kreisfreien Städten ein Rückgang um 2 Prozentpunkte. Bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften blieb die Quote unverändert und in den Landkreisverwaltungen war ein Rückgang um 1 Prozentpunkt festzustellen.

Im Vergleich der neuen Bundesländer hatten die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Personalausgaben in Euro je Einwohner mit 495 Euro nach Sachsen (492 Euro) die zweitniedrigsten Kosten. Sie lagen um 45 Euro unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und um 30 Euro unter dem Niveau der Länder des früheren Bundesgebietes.

**Tabelle 3: Personalausgaben je Einwohner**

	Personalausgaben in Euro je Einwohner
Thüringen	495
Sachsen	492
Mecklenburg-Vorpommern	524
Brandenburg	580
Sachsen-Anhalt	636
Neue Bundesländer	540
Früheres Bundesgebiet	525

Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Personalausgaben je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen in den Jahren 2001 bis 2003.

Hier kann festgestellt werden, dass mit Ausnahme der Landkreisverwaltungen im Vergleich zum Vorjahr in den übrigen Gebietskörperschaftsgruppen Rückgänge zu verzeichnen waren, wobei der höchste Rückgang in den kreisfreien Städten auftrat.

**Tabelle 4: Personalausgaben in Euro je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen**

Gebietskörperschaftsgruppen	2001	2002	2003	Veränderung 2003 zu 2002 in Prozent
Kreisfreie Städte	581	582	539	-7,4
Kreisangehörige Gemeinden (einschl. Verwaltungsgemeinschaften)	303	298	295	-1,0
Landkreise	176	185	186	+0,5
Gemeinden und Gemeindeverbände	503	506	495	-2,2

Neben den Personalausgaben nimmt der **laufende Sachaufwand** im Verwaltungshaushalt der Kommunen eine wichtige Stelle ein. Hierzu zählen u.a. der gesamte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Geräte und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Mieten und Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Schülerbeförderungskosten, Geschäftsausgaben usw. Im Jahr 2003 mussten die Kommunen dafür insgesamt 758 Mill. Euro aufbringen, im Jahr zuvor waren es 761 Mill. Euro.

Für **soziale Leistungen**, wie Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Jugendhilfe, Leistungen der Grundsicherung sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wurden im Jahr 2003 durch die Gemeinden und Gemeindeverbände 553 Mill. Euro ausgegeben.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 23,9 Prozent bzw. 107 Mill. Euro.

Als Träger der Sozialhilfe mussten die kreisfreien Städte und Landkreise für Leistungen an Bedürftige in und außerhalb von Einrichtungen insgesamt 382 Mill. Euro und damit gegenüber dem Vorjahr 97 Mill. Euro bzw. 34,1 Prozent mehr zahlen. Die Ausgaben für Leistungen der Jugendhilfe lagen mit insgesamt 107 Mill. Euro 2 Mill. Euro über dem Vorjahresniveau.

Erstmals wurden im Jahr 2003 Leistungen nach dem Gesetz über eine bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderungen gezahlt, die ein Volumen von 13 Mill. Euro erreichten.

Die sonstigen sozialen Leistungen, zu denen neben den Ausgaben für Seniorenbetreuung u.a. Zahlungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sowie dem Berufsrehabilitationsgesetz gehören, beliefen sich wie im Vorjahr auf 20 Mill. Euro.

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stiegen im Vergleich zum Vorjahr nur um 0,6 Mill. Euro auf 28 Mill. Euro an.

Trotz ihres, für die Verbesserung der Infrastruktur dringend notwendigen, hohen Investitionsbedarfes waren die Thüringer Kommunen auch im Jahr 2003 gezwungen, ihre **Mittel für Investitionen** sparsam einzusetzen.

Wie aus Tabelle 5 ersichtlich, war ein rapider Rückgang bei den Ausgaben im investiven Bereich zu erkennen, wobei die Ausgaben für Baumaßnahmen um 76 Mill. Euro (-10 Prozent), die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen

gegenüber 2002 sogar um 31 Mill. Euro bzw. um ein Viertel zurückgingen.

In den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen stellt sich die Entwicklung zum Vorjahr unterschiedlich dar. So sanken beispielsweise die Ausgaben für Sachinvestitionen in den sechs kreisfreien Städten um 31 Mill. Euro bzw. 21 Prozent; die Gemeinden einschließlich ihrer Verwaltungsgemeinschaften tätigten Investitionen, die um 50 Mill. Euro niedriger waren als im Vorjahr und auch die Landkreisverwaltungen investierten im Jahr 2003 rund 26 Mill. Euro weniger als vor Jahresfrist.

**Tabelle 5: Ausgaben für Sachinvestitionen**

	2001	2002	2003
	Mill. Euro		
Baumaßnahmen	752,4	762,5	686,6
Erwerb von Sachvermögen	130,3	128,4	97,2
Sachinvestitionen insgesamt	882,7	890,9	783,8
Veränderung zum Vorjahr %	-4,7	+0,9	-12,0

Die Sachinvestitionsquote (Ausgaben für Sachinvestitionen gemessen an den Gesamtausgaben) lag im Jahr 2003 bei 20 Prozent (1994 = 33 Prozent).

Im Durchschnitt der neuen Bundesländer lag diese Quote bei 20 Prozent (früheres Bundesgebiet: 13 Prozent).

Von den für Baumaßnahmen verausgabten 687 Mill. Euro entfielen zwei Drittel (513 Mill. Euro) auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften; die übrigen Mittel auf die Landkreise (151 Mill. Euro) und kreisfreien Städte (120 Mill. Euro). Ein Blick auf einzelne Aufgabenbereiche (Tabelle 6) zeigt, dass mehr als zwei Drittel der gesamten Bauausgaben für Schulen, Straßen, Städteplanung, die Abwasserbeseitigung und das allgemeine Grundvermögen eingesetzt wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind in allen genannten Aufgabenbereichen Rückgänge bei den Bauinvestitionen festzustellen.

**Tabelle 6:** Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	2001		2002		2003		Veränderung 2003 zu 2002 in %
	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	
Schulen	88,5	37	100,1	42	98,9	41	-1,2
Städteplanung	119,4	49	119,2	50	110,4	46	-7,4
Straßen	193,4	80	201,5	84	188,2	79	-6,6
Abwasserbeseitigung	11,2	5	9,5	4	7,5	3	-31,0
Allgemeines Grundvermögen	73,7	30	70,0	29	61,9	26	-11,6
<b>Insgesamt</b>	<b>752,4</b>	<b>311</b>	<b>762,5</b>	<b>317</b>	<b>686,6</b>	<b>288</b>	<b>- 10,0</b>

Die **Steuereinnahmen** als wichtigste originäre kommunale Einnahme beliefen sich im Jahr 2003 auf 656 Mill. Euro (275 Euro je Einwohner). Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag bei 17 Prozent (Neue Bundesländer: 17 Prozent, Früheres Bundesgebiet: 37 Prozent).

Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) erreichte 16 Prozent (Neue Bundesländer: 16 Prozent, Früheres Bundesgebiet: 34 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Steuereinnahmen um 10 Mill. Euro (+1,5 Prozent). Die Entwicklung der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr verlief zwischen den Kommunen unterschiedlich. Während die sechs kreisfreien Städte mit insgesamt 198 Mill. Euro annähernd (+0,3 Prozent) so hohe Steuereinnahmen wie 2002 verbuchten, konnten die kreisangehörigen Gemeinden mit insgesamt 457 Mill. Euro über 9 Mill. Euro mehr einnehmen (+2,1 Prozent).

Gemessen an den anderen neuen Bundesländern nahm Thüringen bei den Steuereinnahmen je Einwohner mit 275

Euro den letzten Platz ein (Neue Bundesländer: 302 Euro; Früheres Bundesgebiet: 675 Euro) und erreichte damit erst zwei Fünftel des Niveaus der alten Bundesländer.

Mit einem Anteil von 33 Prozent an den Steuereinnahmen insgesamt war im Jahr 2003 die Gewerbesteuer (netto; das heißt, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 217 Mill. Euro die ergiebteste Steuerart.

Aus Grundsteuern flossen im Jahr 2003 mit 167 Mill. Euro 2 Mill. Euro mehr als im Vorjahr in die Gemeindekassen. Aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, dessen Volumen mit insgesamt 199 Mill. Euro mit den Jahren unter das Niveau zu Beginn der 90er Jahre gesunken ist, nahmen die Gemeinden jedoch 10 Mill. Euro mehr ein als vor Jahresfrist. Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhielten die Kommunen wie im Jahr zuvor Einnahmen in Höhe von 62 Mill. Euro.

Mit 10 Mill. Euro oder 1,5 Prozent der Steuereinnahmen nehmen sich die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagd-

**Tabelle 7:** Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuer	2001		2002		2003		Veränderung 2003 zu 2002 in %
	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	171,0	71	189,4	79	199,3	84	+5,2
Gewerbesteuer (netto)	211,4	87	218,1	91	217,4	91	-0,3
Grundsteuer A + B	164,7	68	165,3	69	167,4	70	+1,2
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	63,0	26	63,0	26	61,8	26	-2,1
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	9,7	4	10,1	4	10,0	4	-0,9
<b>Insgesamt</b>	<b>619,8</b>	<b>256</b>	<b>646,0</b>	<b>269</b>	<b>655,8</b>	<b>275</b>	<b>+1,5</b>

steuer usw. dagegen eher gering aus. Im Jahr 2003 nahmen die Thüringer Gemeinden 4,6 Mill. Euro an Vergnügungssteuern (Vorjahr: 5,0 Mill. Euro) und 5,1 Mill. Euro an Hundesteuern (Vorjahr: 4,9 Mill. Euro) ein.

Die **Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb**, zu denen u.a. neben Gebühreneinnahmen und Abgaben auch die Einnahmen aus Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf sowie aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben zählen, sind mit 564 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben.

Über Mieten und Pachten flossen 3 Mill. Euro weniger in die Kassen der Gemeinden.

Die Einnahmen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten waren 2003 um 2 Mill. Euro ebenfalls niedriger als im Jahr zuvor. Bei den Einnahmen aus Verwaltungsgebühren war ein Rückgang um knapp 2 Mill. Euro festzustellen.

Aus Gewinnanteilen von Unternehmen flossen knapp 1 Mill. Euro weniger als im Vorjahr in die Gemeindekassen. Die Einnahmen aus Konzessionsabgaben waren um mehr als 6 Mill. Euro höher als vor Jahresfrist.

Die weiteren Finanzeinnahmen, wie Bußgelder, Säumniszuschläge u.ä. blieben gegenüber 2002 mit 22 Mill. Euro annähernd gleich (Vorjahr: 21 Mill. Euro).

**Tabelle 8: Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden/Gemeindeverbände**

Einnahmen	2001		2002		2003		Veränderung 2003 zu 2002 in %
	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	
Gebühren, sonstige Entgelte	297,8	123	294,4	123	291,8	122	-0,9
Übrige Verwaltungs- und Betriebs- einnahmen	172,1	71	165,5	69	163,0	68	-3,8
Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	87,4	36	104,5	44	109,6	46	+19,6
<b>Insgesamt</b>	<b>557,3</b>	<b>230</b>	<b>564,3</b>	<b>235</b>	<b>564,4</b>	<b>237</b>	<b>+1,3</b>

Aufgrund der Sparzwänge der Kommunen war auch ein Tritt auf die "Schuldenbremse" unerlässlich, was sich deutlich an der Entwicklung der Nettokreditaufnahme (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt minus Schuldentilgung am Kreditmarkt) zeigt.

Ausgehend von einer Nettokreditaufnahme von 657 Mill. Euro im Jahr 1993 konnte diese kontinuierlich bis 1998 auf 52 Mill. gesenkt werden. Im Jahr 1999 lagen die Tilgungsraten erstmals um 1 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. 2003 wurden durch die Thüringer Kommunen 25 Mill. Euro mehr getilgt als neue Schulden aufgenommen wurden.

Der Schuldenstand belief sich im Jahr 2003 auf 2 939 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 233 Euro.

Die kreisfreien Städte hatten Ende 2003 einen Schuldenstand von 601 Mill. Euro (1 068 Euro je Einwohner), die kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) 1 669 Mill. Euro (917 Euro je Einwoh-

ner) und die Landkreisverwaltungen waren mit 669 Mill. Euro oder 367 Euro je Einwohner verschuldet.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Gemeinden/Gemeindeverbände mit der der anderen neuen Bundesländer zeigt, dass nicht mehr die Thüringer Gemeinden wie noch 1999 die am höchsten verschuldeten waren, sondern die Gemeinden von Mecklenburg-Vorpommern (1 391 Euro) vor den Gemeinden aus Sachsen-Anhalt (1 328 Euro). Danach folgen die Thüringer (1 233 Euro) und dann die Sächsischen Gemeinden (1 202 Euro).

Die Gemeinden Brandenburgs waren am Jahresende mit 707 Euro pro Einwohner verschuldet.

Zusätzlich mussten die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten Kassenkredite in Höhe von 99 Mill. Euro in Anspruch nehmen, 28 Mill. Euro bzw. 40 Prozent mehr als im Vorjahr.

Allein die kreisfreien Städte benötigten davon 39 Mill. Euro und damit 30 Prozent mehr als 2002.

---

Die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften nahmen wie im Vorjahr 36 Mill. Euro in Anspruch.

Dagegen waren die Kassenkredite der Landkreisverwaltungen mit 24 Mill. Euro fast auf das Fünffache angestiegen.

Angesichts der noch relativ geringen eigenen Einnahmen der Kommunen nahmen auch im Jahr 2003 die **Landeszuweisungen** einen besonderen Stellenwert ein.

Besonders wichtig für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie die Investitionszuweisungen. Im Jahr 2003 erhielten die Thüringer Kommunen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende und investive Zwecke vom Land in Höhe von insgesamt 2 400 Mill. Euro. Das waren 60 Prozent ihrer Gesamteinnahmen.

Die an die Gemeinden gezahlten Schlüsselzuweisungen vom Land bildeten mit 1 137 Mill. Euro den größten Posten dieser Zuweisungen. Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen Investitionszuweisungen vom Land blieben

im Jahr 2003 mit insgesamt 506 Mill. Euro nur 0,4 Prozent unter dem Vorjahresbetrag.

Weitere 757 Mill. Euro wurden als Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Ersätze zum Familienleistungsausgleich, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts sowie in Form von Bedarfszuweisungen und sonstigen allgemeinen Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt.

Wie oben dargestellt, kommen mehr als die Hälfte der gemeindlichen Einnahmen aus Landeszuweisungen. Das trifft für Thüringen als auch für die anderen neuen Bundesländer gleichermaßen zu. In den alten Bundesländern sind es daneben noch die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, die mit 37 Prozent an den Einnahmen beteiligt sind. Die Steuereinnahmen der neuen Bundesländer sind zurzeit noch so gering, dass sie noch nicht einmal ein Fünftel der Ausgaben abdecken.

Angesichts dieser Tatsache kann abschließend gesagt werden, dass trotz der allmählich wachsenden Steuerkraft den Finanztransfers des Landes an die Kommunen nach wie vor eine große Bedeutung zukommt.

**Tabelle 8: Ausgaben und Einnahmen nach Gebietskörperschaftsgruppen**

Ausgabe- und Einnahmearten	Gemeinden und Gemeindeverbände			Davon								
				kreisfreie Städte			kreisangeh. Gemeinden einschl. Verwaltungsgem.			Landkreise		
	2002	2003	Veränderung 2003 gegen- über 2002	2002	2003	Veränderung 2003 gegen- über 2002	2002	2003	Veränderung 2003 gegen- über 2002	2002	2003	Veränderung 2003 gegen- über 2002
	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%
Personalausgaben	1 216	1 180	- 3,0	328	303	- 7,7	547	537	- 1,8	341	399	- 0,4
Laufender Sachaufwand	761	758	- 0,4	186	189	1,6	290	295	1,8	284	273	- 3,9
Soziale Leistungen	447	553	23,9	149	181	20,9	5	3	- 36,8	292	369	26,5
Zinsausgaben	165	163	- 1,2	35	33	- 7,9	94	96	2,1	35	34	- 3,0
Sachinvestitionen	891	784	- 12,0	152	120	- 20,6	562	513	- 8,8	177	151	- 14,8
Sonstige Ausgaben	925	949	2,6	216	239	10,7	562	571	1,5	146	139	- 4,9
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	407	405	- 0,4	8	9	3,8	96	93	- 3,1	303	304	0,3
<b>Gesamtausgaben <sup>1)</sup></b>	<b>3 998</b>	<b>3 982</b>	<b>- 0,4</b>	<b>1 059</b>	<b>1 057</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1 966</b>	<b>1 923</b>	<b>- 2,2</b>	<b>972</b>	<b>1 002</b>	<b>3,0</b>
Steuern und steuerähn- liche Einnahmen (netto)	646	656	1,5	198	198	0,3	448	457	2,1	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land davon	1 855	1 894	2,1	466	480	3,0	758	747	- 1,4	630	666	5,7
Schlüsselzuweisungen	1 137	1 137	0	255	259	1,6	603	598	- 0,7	280	280	0,1
Bedarfs- und sonstige allgemeine Zuweisungen	178	170	- 4,4	48	48	0,4	79	67	- 14,8	51	55	6,9
Erstattungen und laufende Zuweisungen	540	588	8,8	164	174	6,1	77	82	6,9	300	332	10,7
Gebühren und sonstige Entgelte	294	292	- 0,9	93	91	- 2,8	83	85	3,0	118	116	- 2,0
Zuweisungen für Investitionen vom Land	508	506	- 0,4	100	120	19,5	298	279	- 6,2	110	107	- 2,7
Sonstige Einnahmen	1 089	1 030	- 5,4	210	186	- 11,1	482	453	- 6,0	398	390	- 1,9
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	407	405	- 0,4	8	9	3,8	96	93	- 3,1	303	304	0,3
<b>Gesamteinnahmen <sup>1)</sup></b>	<b>3 985</b>	<b>3 972</b>	<b>- 0,3</b>	<b>1 059</b>	<b>1 067</b>	<b>0,8</b>	<b>1 972</b>	<b>1 930</b>	<b>- 2,2</b>	<b>953</b>	<b>975</b>	<b>2,3</b>
Finanzierungssaldo	- 13	- 9	x	0	11	x	+ 6	+ 6	1,5	- 19	- 26	x
Schuldenaufnahme <sup>2)</sup> am Kreditmarkt	279	433	55,5	74	165	122,1	150	191	27,3	55	78	42,6
Schuldentilgung <sup>2)</sup> am Kreditmarkt	299	459	53,7	84	195	131,1	160	207	29,4	55	57	5,0
Schuldenstand am 31.12. <sup>2)</sup>	2 966	2 939	- 0,9	631	601	- 4,8	1 686	1 669	- 1,0	648	669	3,2

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

2) Ergebnis nach der jährlichen Schuldenstatistik